

PRESSEMITTEILUNG #145 – 11. Mai 2020

Dr. Ralf Stegner und Kirsten Eickhoff-Weber:

Profitinteressen haben hinter dem Vorrang der Menschenwürde zurückzutreten!

Zu den Lebens- und Arbeitsbedingungen von Vertragsarbeitern in deutschen Fleischfabriken erklären die landwirtschaftspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Kirsten Eickhoff-Weber sowie der Vorsitzende, Dr. Ralf Stegner:

„Gewerkschaften und SPD haben schon vor der Corona-Pandemie die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Vertragsarbeitern immer kritisiert, während die Arbeitgeber regelmäßig abgewiegelt haben. Wir haben dazu mehrfach Initiativen in den Landtag eingebracht. Schon im Juni 2016 und damit noch zu Zeiten der SPD-geführten Küstenkoalition haben wir mit einem Landtagsbeschluss darauf hingewirkt, dass der missbräuchliche Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen in den Schlachthöfen unterbunden wird. Einige Punkte des Antrags wurden auf Bundesebene umgesetzt. In Schleswig-Holstein wurde die aufsuchende Beratung für mobile Arbeitskräfte möglich gemacht. Anderen Verpflichtungen aus den damaligen Beschlüssen ist die jetzige Landesregierung jedoch nicht nachgekommen – wie ein entsprechender Bericht aus der Landtagsdebatte vom November 2019 gezeigt hat.

Nun gibt es den eindeutigen Beleg, dass unsere Warnungen richtig waren und die Zustände noch schlimmer sein müssen, als wir befürchtet haben. Obwohl bisher nur drei Schlachthöfe betroffen sind, machen die damit verbundenen Corona-Fälle inzwischen einen großen Anteil aller Neuinfektionen in Deutschland aus! Deshalb sind zunächst natürlich die Gesundheitsämter aufgefordert, alle entsprechenden Gemeinschaftsunterkünfte streng zu kontrollieren. Unabhängig von Corona muss diese moderne Form der Lohnsklaverei endlich beendet werden – und das nicht nur in der fleischverarbeitenden Industrie. Wir brauchen faire Arbeitsbedingungen zu auskömmlichen Löhnen sowie lebenswürdige und nicht lebensgefährliche Unterbringungen für alle Arbeitnehmer – egal woher sie kommen! Schon bei der Abschaffung der Kinderarbeit haben gewisse Unternehmerkreise lamentiert, dass niemand mehr Produkte bezahlen könnte. Solche Argumente aus dem 19. Jahrhundert können heutzutage zum Glück keine Geltung mehr haben. Für uns gilt der Vorrang der Menschenwürde, hinter dem Profitinteressen zurückzutreten haben. Für uns hängt die Würde der Menschen jedenfalls nicht daran, ob das Hackfleisch 50 Cent billiger ist oder nicht. Wir werden unsere Möglichkeiten nutzen, diese Zustände endlich abzustellen! Das unsichtbare Leiden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus ärmeren europäischen Ländern muss beendet werden. Wir werden dazu eine entsprechende Initiative für die nächste Landtagssitzung vorbereiten.“